

Protokoll (Entwurf) der Diskussion zum Demokratie-Referat von Michael beim Treffen des AK Grundlagen am 21. Mai 2014

Siehe auch Manuskript des Referats von Michael. Auf seine Gliederung bezieht sich das folgende Protokoll.

zu 1.: Was soll Demokratie sein?

Es passt nicht zu einer Demokratie, wenn von Seiten der Politiker der Anschein erweckt wird, es gäbe keine Alternativen. Politik ist mehr als ein technologischer Vollzug von Sachzwängen. Die Herrschaft von Experten (im Sinne einer wohlwollenden Politik für das Volk) ist zu wenig. Demokratie ist Herrschaft durch das Volk für das Volk. Wir sehen das Problem des „oligarchischen Rechtsstaats“: übermächtiger Einfluss der Konzerne auf die Gesetzgebung über Lobbyismus, Denkfabriken und Medien in privater Hand.

Die nicht leicht zu beantwortende Frage dabei ist: wie kann jeder Einzelne in der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess teilnehmen? Das Delegiertenprinzip („Repräsentative Demokratie“) wird als solches nicht in Frage gestellt. Gefordert werden mehr unmittelbare Einflussmöglichkeiten durch Volksabstimmungen auf allen Ebenen – Beispiel Schweiz. Es ist erwiesen, dass eine Bevölkerung zufriedener ist, die im Rahmen von Abstimmungen aktiv die Politik des eigenen Staates beeinflussen kann. Damit ist das Bewusstsein verbunden: „Wir sind der Staat“ (statt eines Gefühls der Fremdbestimmung durch Wenige, die im Hintergrund bleiben).

Zu 2. Wie behindert der Staat die Demokratie?

Der Staat als juristische Person (als solche nicht handlungsfähig) agiert über „Staatsdiener“ (Beamte, Angestellte im öffentlichen Dienst: in D. zur Zeit 22,5 % der Beschäftigten). Auch die Genossenschaften sind juristische Personen, brauchen also für ihr Handeln (Entscheidungen und ihr Vollzug) konkrete Menschen (Geschäftsführer und Mitarbeiter). Allerdings sind die Entscheidungsprozesse in Genossenschaften nicht komplex, also wesentlich überschaubarer als die in einem Staat.

Gefahr der Verselbständigung des Staates, wenn es nicht möglich ist, die Staatsbediensteten (Exekutive) wirkungsvoll zu kontrollieren: geht ihre Tätigkeit noch mit dem „Willen des Volkes“ konform?

Hier werden angesichts der großen Komplexität der zu entscheidenden Fragen große Schwierigkeiten gesehen. Selbst die Abgeordneten sind bei der Fülle der zu prüfenden Sachfragen überfordert, obwohl sie dafür gewählt worden sind (anders als der „normale“ Bürger, der sich nicht hauptamtlich mit Politik

beschäftigt). Der Vorgang: Experten der Verwaltung, die sich mit viel Aufwand in bestimmte Themen eingearbeitet haben, legen den politischen Entscheidungsträgern (Parlamentariern) ausgearbeitete Vorschläge vor – und diese werden im Vertrauen auf die Seriosität und Gründlichkeit der Vorlage nach kurzen (mehr oder weniger uninformierten) Debatten in Fachausschüssen und im Plenum von den Politikern entschieden. Bei diesem stark technokratisch geprägten Vorgang kommen Alternativen meist zu kurz.

Zu fordern ist, dass auch denkbare Alternativen im Hinblick auf ihre Auswirkungen gründlich ausgearbeitet werden, damit den Bürgern und Politikern Entscheidungsspielräume bleiben. Diese Alternativen sind öffentlich zu kommunizieren, damit sie debattiert werden können. Öffentliche Debatten haben nur dann einen Sinn, wenn deren Ergebnisse im offiziellen Entscheidungsprozess ihre Spuren hinterlassen. Das heißt: Die letztlich von der Regierung (bei Abstimmungen: vom Volk) getroffenen Entscheidungen müssen öffentlich hinreichend begründet werden, indem auf alle wichtigen Pro- und Contra-Argumente gründlich eingegangen wird.

Der Staat muss also in seinem Handeln durchsichtiger (transparenter, nachvollziehbarer) und leichter kontrollierbar werden. Nur so kann die Demokratiemüdigkeit überwunden werden. Er muss den Bürgern mehr Möglichkeiten der Mitwirkung bieten (siehe Punkt 1), damit sie sich mit ihrem demokratischen Staat identifizieren können.

Zu 3. Wem gehört die Demokratie?

Deutschland ist zur Parteiendemokratie geworden (hat auch Bundespräsident Weizsäcker kritisiert). Die wichtigen gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungen werden fast nur noch innerhalb der großen Parteien geführt bzw. getroffen. Angesichts der sehr geringen Wahlbeteiligung ist zu beklagen, dass nur ein Teil der Bevölkerung über Wahlen Einfluss auf politische Richtungsentscheidungen nimmt. Die Zivilgesellschaft hat zu wenige Einflussmöglichkeiten.

Die Rede von der „marktkonformen Demokratie“ unterhöhlt die Idee von Demokratie. Die Demokratie hat sich nicht den Marktkräften anzupassen, sondern umgekehrt: die Politik hat dem Markt mit geeigneten Regeln einen Rahmen zu setzen, der dafür sorgt, dass die Marktkräfte dem Gemeinwohl dienen.

Sind Politiker nur Handlanger der mächtigen Wirtschaftsverbände? In der Finanzkrise war die Politik den Wirtschaftsinteressen ausgeliefert. Nur sehr wenige hochrangige Politiker wurden gefragt und mussten unter enormem Zeitdruck tun, was die Vertreter der Wirtschaft vorschlugen – aus Angst, eine

andere Entscheidung hätte zu einem wirtschaftlichen Desaster geführt. Motto: wenn das Haus brennt, muss sofort gelöscht werden, da bleibt keine Zeit für längere Überlegungen und Debatten. („Die Macht der Abläufe unterdrückt jeden kritischen Diskurs“). Zurzeit bemüht sich die Politik (bisher noch vergeblich) zu verhindern, dass sich eine solche Situation, in der sich der Steuerzahler gezwungen sieht, für die Fehler der Banken zu haften, nicht wiederholt.

Nicht nur der Unwille der Bevölkerung darüber, von der Wirtschaftselite über den Tisch gezogen worden zu sein, untergräbt die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. Auch die geringe Wahlbeteiligung erweckt den Eindruck, dass der demokratische Souverän nur von einem Teil der Bevölkerung repräsentiert ist. In diesem Zusammenhang ist die Ausprägung des Sozialstaats von Bedeutung. Denn ein politisch zu wenig reguliertes Marktgeschehen, das die soziale Ungleichheit verstärkt und den Anteil der Armen erhöht, hat zur Folge, dass die Bereitschaft der Bevölkerung zur politischen Partizipation abnimmt. Zu fordern ist, dass durch eine sozialere Politik eine der Voraussetzungen für eine höhere Wahlbeteiligung geschaffen wird.

Zu 4. Für eine echte Demokratie

Christian Felber hat vorgeschlagen, die Politik von der Bevölkerung unmittelbar gestalten zu lassen, indem dezentrale Konvente (auf kommunaler Ebene) und eine Verfassungskonvent (auf nationaler Ebene) die politischen Entscheidungen fällen - im Sinne eines Räteystems. Motto: der demokratische Souverän muss über allem stehen (anders als Parteien, die Politik gegen die Bevölkerung machen).

Dem wird entgegengehalten, dass dies die Bevölkerung überfordern würde. Denn ein großer Teil des Volkes interessiert sich kaum für Politik und wäre nicht bereit, den notwendigen Aufwand an Kraft und Zeit zur Vorbereitung und Diskussion anstehender Entscheidungen im Interesse des Gemeinwohls zu leisten. Außerdem müssten auch hier Delegierte (Räte) gewählt werden, deren Kontrolle in einer hoch komplexen Gesellschaft ähnlich schwierig sei wie die Kontrolle von Parlamentariern.

Was den Einfluss der Wirtschaft betrifft, so müssen starke Institutionen geschaffen werden, die dem Markt Grenzen setzen.

Zu 5. Handlungsperspektiven

Dem Vorschlag, man solle die Parteien zu einer aktivierenden Politik zwingen (Wahlen bei einer Wahlbeteiligung unter 50% werden nicht anerkannt), wird entgegengehalten, dass es viele Gründe gibt, nicht zur Wahl zu gehen – auch Gründe, die außerhalb der Einflussmöglichkeit von Parteien liegen.

Gegen den Vorschlag, ohne Not geschlossene Große Koalitionen sollen geächtet werden, wird eingewendet, dass es immer notwendig sei, eine handlungsfähige Regierung zustande zu bringen, die sich auf eine Mehrheit stützt. Wenn das Ergebnis der Wahl für eine Partei allein keine eindeutige Mehrheit gebracht habe, müsse die erforderliche Mehrheit über eine Koalition hergestellt werden.

Das Wichtigste in einer glaubwürdigen Demokratie ist die offene Diskussion von Alternativen. Der Konflikt zwischen Marktgerechtigkeit und Sozialgerechtigkeit muss von Fall zu Fall nach offener und fairer Diskussion entschieden werden – in Kenntnis der Folgen. Es geht nicht nur darum, dass sich jede/r Bürger/in an der Wahl beteiligt und sich im Rahmen der Zivilgesellschaft engagiert, sondern es müssen auch die Voraussetzungen für die dafür notwendige Kompetenz geschaffen werden: politische Bildung, korrekte Information durch die Medien, Transparenz der Einflussfaktoren. Gezielte Bemühungen, die Folgen der zur Debatte stehenden Alternativen abschätzen zu können.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich sogar einschlägige Experten häufig nicht einig sind über die Folgen geplanter Regelungen und Maßnahmen. Für den Laien ist es häufig unmöglich, sich umfassend und neutral zu informieren.

Es wird kurz das Beispiel der neoliberalen Politik von Schröder/ Fischer diskutiert. Mit dem Ziel, die starke Krise zu überwinden und der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden, wurden damals die Unternehmen stark begünstigt und soziale Leistungen gekürzt. Daraus kann entweder geschlossen werden, dass die Wirtschaft die Macht übernommen hat, oder, dass diese Maßnahmen im Interesse der Bevölkerung getroffen wurden. Die heutige Situation in Frankreich erweckt den Anschein, als würde die französische Regierung auf einen ähnlichen Kurs einschwenken wie damals die deutsche Regierung. Je nach dem, welche Folgen bestimmter einschneidender Maßnahmen eingeschätzt werden, unterscheiden sich die Urteile über die von der Regierung eingeschlagene Richtung.

Konkreteres Beispiel: Es wird als sozialpolitische Maßnahme vorgeschlagen, das Problem der 3 bis 5 Millionen Arbeitslosen zu lösen, indem ein zweiter Arbeitsmarkt eingerichtet wird mit Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, die gemeinnützige Arbeiten verrichten. Hier stellt sich die Frage nach den Auswirkungen dieser Maßnahme auf den ersten Arbeitsmarkt und auf die Staatsverschuldung. Es wird kritisch angemerkt, dass es sogar bei Attac bisher noch keine Debatte über das Pro und Contra dieser Maßnahme gibt.

Für den Bürger gelten in einer Demokratie das (verbrieft) Recht und die (moralische) Pflicht, sich in die Politik einzumischen. Der normative Anspruch

kollidiert mit der Wirklichkeit. Angesicht der gegenwärtigen Mängel im politischen Engagement der Bevölkerung wird die Frage aufgeworfen: wie groß muss erst noch die Not in der Bevölkerung werden, damit sie sich stärker für Politik interessiert und sich einmischt? In diesem Zusammenhang wird mit Verweis auf den italienischen Populisten Grillo die Gefahr angesprochen, dass in Krisenzeiten die Menschen dazu neigen, einem Führer zu folgen, der Patentrezepte anbietet und den Zorn auf Feindbilder lenkt.